

Sehr geehrter Herr Präsident des Landtags, lieber Herr Dr. Rautenberg,
meine Damen und Herren,

herzlichen Dank für die freundliche Einladung zu dieser Gedenkveranstaltung. Als Enkelin des ehemaligen Oberbürgermeisters von Brandenburg, Franz Schleusener, ist es für mich eine große Ehre ein paar Worte an Sie richten zu dürfen.

Die Herabsetzung, Verfolgung und Vernichtung der physischen Existenz von Menschen, die eine andere Meinung als die gerade an der Macht befindlichen haben, zieht sich durch die gesamte Geschichte der Menschheit. Dabei beruft man sich nicht nur auf offen geäußerte Meinungsunterschiede, besonders perfide ist es, wenn man sich auf konstruierte Unterstellungen und Aussagen Dritter stützt. Im Bereich der Auseinandersetzungen zwischen den Religionen wurde das angebliche oder wahre Denken anderer immer wieder vorgeschoben, um, man muss es sagen, den eigenen Machtanspruch bzw. die Religionseinheit zu sichern. Ich erinnere nur an die so genannten Abweichler wie Jan Hus, der wegen seiner abweichenden Gedanken in Konstanz auf dem Scheiterhaufen starb, oder an Luther. Als Beispiel für die gedankliche Auseinandersetzung im kulturell-wissenschaftlichen Raum sei an das Schicksal von Galilei erinnert, dessen Weltbild erst vor kurzem vom Vatikan anerkannt wurde.

Besonders ausgeprägt, für die Betroffenen meist mit entsetzlichen Folgen verbunden und oft für das Schicksal ganzer Völker entscheidend, ist die Verfemung politisch Andersdenkender. Es gibt wohl kein einziges Land, das davon nicht betroffen war oder, leider, noch ist. In besonderer Erinnerung werden uns heute wohl die Verfolgungen im Einflussbereich Hitlerdeutschlands und der Sowjetunion bleiben. Hier genügte oft schon der vage Verdacht auf eine von der herrschenden Doktrin abweichende Meinung. Es ist wohl kein Zufall, dass George Orwell im Jahr 1948 seinen berühmten Utopie-Roman mit dem Titel 1984 geschrieben hat. Darin wird hellsichtig das

tragische Schicksal eines einfachen nicht systemkonformen Bürgers beschrieben, der in einem totalen Überwachungsstaat durch eine „Gedankenpolizei“ zum Staat „bekehrt“, dann aber letztlich doch liquidiert wird. Wie hellsichtig, Gestapo und NKWD lassen grüßen.

In diesem großen Zusammenhang ist auch das Schicksal meines Großvaters zu sehen. Franz, genannt Frank Schleusener, geboren am 28.12.1876, wurde am 12. Juni 1914 zum Ersten Bürgermeister der Chur- und Hauptstadt Brandenburg gewählt und 1916 von Kaiser Wilhelm II. persönlich als Oberbürgermeister bestätigt.

Im Jahr 1920 wurde mein Großvater als Regierungspräsident für den Regierungsbezirk Potsdam in den Staatsdienst berufen, 1925 erfolgte die Wahl zum Landtagsabgeordneten und zur Ernennung als Staatssekretär im Preußischen Finanzministerium und dessen interimistischen Leiter als Reichskommissar. Als ihn Hermann Göring 1933 als preußischer Ministerpräsident zur Finanzierung einer Wohnung für die Schauspielerin Emmy Sonnemann aufforderte, widersprach dies seinem Verständnis von Pflichterfüllung. Mein Großvater wurde daraufhin entlassen und betätigte sich dann bis 1945 in seinem angestammten Beruf als Rechtsanwalt in Berlin. Nach Kriegsende wurde er Mitbegründer der Ost-CDU und wirkte ab 1945 als Abgeordneter im Landtag Brandenburg, als dessen Vizepräsident sowie u.a. als Vorsitzender dessen Rechts- und Finanzausschusses. Wegen seiner kritischen Haltung zur politischen Entwicklung in der Sowjetisch Besetzten Zone wurde er, wohlgermerkt von seiner eigenen Fraktion, im Februar 1950 zur Niederlegung seiner Mandate gezwungen. Er wurde am 29. März 1950 in Potsdam von Angehörigen der politischen Polizei der DDR und des sowjetischen Geheimdienstes NKWD verhaftet. Noch kurz zuvor hatte ihm der sowjetische Militäroberbefehlshaber schriftlich für seine Tätigkeit gedankt. In den darauf folgenden Tagen ist mein Großvater nach Misshandlungen in der Haft ums Leben gekommen. Art, Ort und Datum seines Todes sind uns bis heute nicht bekannt.

In unserem Besitz befinden sich umfangreiche Dokumente über seine Lebensgeschichte. Manche davon sind beklemmend zu lesen, etwa die über seinen Kampf für die Lebensmittelversorgung der Stadt Brandenburg in den Hungerjahren des 1. Weltkriegs, was nicht nur unermüdlichen Einsatz, sondern auch unbürokratisches, man kann auch sagen trickreiches, Vorgehen erforderte.

Beispielhaft darf ich aus dem Bericht über die Arbeit der Stadtverwaltung Brandenburg für Anfang 1919 zitieren: „Die Reichskartoffelstelle setzte die wöchentliche Kartoffelmenge ab 1. Februar 1919 auf 5 Pfund herab. Wir schlugen uns bis zum März durch. Wieder hat der Oberbürgermeister alle Hebel in Bewegung gesetzt. Das Telefon ist in ständiger Bewegung. Der Oberbürgermeister kann noch eine Kahnladung dänischer Kartoffeln beschaffen. Ende Mai versiegen aber alle Quellen. Auch die Reichskartoffelstelle sieht keinen Ausweg. Sie kann uns nur Kartoffelmehl in Aussicht stellen. Wir überschlagen unsere Mehlvorräte und die anderen Bestände an Lebensmitteln. Während der Oberbürgermeister noch rechnet, meldet ihm die Polizei, dass für die Stärkefabrik Scholten zahlreiche Eisenbahnwagen mit guten Esskartoffeln vom Altstädtischen Bahnhof her einlaufen und dass die Bevölkerung bereits beginne zu plündern. Der Oberbürgermeister benachrichtigte sofort die Reichskartoffelstelle durch Fernsprecher und veranlasste die Beschlagnahme von mehr als 100 Eisenbahnwaggons mit Esskartoffeln. Die Kartoffeln waren gut und alle Kartoffelsorgen waren behoben.“

Die Protokolle der Landtagssitzungen sowohl kurz vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten als auch nach 1945 zeigen, mit welcher widerwärtigen Argumenten und Anschuldigungen politische Gegner bekämpft wurden. Besonders betroffen machen die in verschiedenen Dokumenten zu findenden Angaben über parteiinterne Auseinandersetzungen, die schlussendlich zur Auflösung der bürgerlichen Parteien und zur Formation der OST-CDU als im Wesentlichen bedeutungslose Blockpartei geführt haben.

Was geschah in den letzten Monaten vor dem Tode meines Großvaters? Der Kampf der bürgerlichen Parteien für parlamentarisch-demokratische Verhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone spielte sich in der Provinz Brandenburg auf lokalpolitischer und überregionaler Ebene ab. Nach Ausführungen von Thomas Wernicke im Buch „Widerstand in Potsdam“ war es ein besonders wichtiges Anliegen der CDU, den durch die sowjetische Besatzungsmacht protegierten Oberbürgermeister Walter Paul durch den ehemaligen Sozialdemokraten Georg Spiegel zu ersetzen. Man scheiterte allerdings an den realen Machtverhältnissen und es kam dann doch zur Besetzung des Oberbürgermeisterpostens durch das KPD/SED Mitglied Walter Paul und des Bürgermeisterpostens durch das CDU Mitglied Erwin Köhler. Köhler fiel ebenso wie mein Großvater der politischen Säuberungswelle in Potsdam zum Opfer.

Bei der politischen Säuberung und Beseitigung zahlreicher CDU Mitglieder spielte ein eigenes Parteimitglied der CDU eine ganz besondere Rolle, Hermann Gerigk. Er galt als besonders „russenhörig“ und folgte Erwin Köhler im März 1950 als Bürgermeister von Potsdam, nachdem er zuvor offensichtlich erfolgreich an dessen Beseitigung mitgewirkt hatte. Im Jahr 1952 hatten ihn Flüchtlinge auf dem Katholikentag in Westberlin erkannt und ließen ihn festnehmen. Die Westberliner Staatsanwaltschaft befragte mehr als 70 Zeugen, die ein düsteres Bild von diesem Menschen zeichneten. Die ehemalige Chefsekretärin des CDU-Landesverbandes und Protokollführerin der internen Sitzungen bezeichnete ihn als den gefährlichsten, leisesten und von den Russen wohl mit den größten Machtbefugnissen ausgestatteten Mann. In den Sitzungen nannte er die Namen derjenigen, die in seinen Augen „abschussreif“ waren und führte angeblich rücksichtslos seine Aufträge durch. Er wurde unter anderem beschuldigt, auch Frank Schleusener beim sowjetischen Staatssicherheitsdienst denunziert zu haben. Trotz umfangreicher stark belastender Zeugenaussagen kam Gerigk aus der Untersuchungshaft in Moabit frei und wurde im März 1953 aus der OST-CDU

ausgeschlossen. Bei seiner Flucht in den Westen wurde Gerigk im Jahr 1960 auf dem Flughafen Tempelhof festgenommen und hat, wie auf der Titelseite der Bildzeitung berichtet, seinem Leben durch Einnahme eines schnell wirkenden Giftes in der Zelle eines Westberliner Polizeireviers ein Ende bereitet. Hinsichtlich seiner Beteiligung an der Beseitigung von Frank Schleusener bleiben die Akten nun endgültig geschlossen.

Für den Stalinismus war jedoch systemimmanent, dass wesentliche Dinge oft gar nicht in Akten oder schriftlichen Aufzeichnungen zu finden sind. Wichtiges wurde persönlich besprochen und per Handschlag besiegelt. So gibt es auf sowjetischer Seite sicherlich auch keine weiterführenden Erkenntnisse über die Spitzeltätigkeit von Hermann Gerigk, wahrscheinlich ebenso wenig wie über die überregionalen Versuche der Einflussnahme der sowjetischen Machthaber. In diesem Zusammenhang ist ein Tagebucheintrag von Frank Schleusener interessant, über den im Kurier am 3. Oktober 1950 berichtet wird. Dort heißt es: „Am 9. Oktober 1949 empfing Schleusener den sowjetischen Major Larin. Dieser ersuchte ihn, die CDU-Abgeordneten im Brandenburgischen Landtag für eine Verschiebung der fälligen Wahlen und für eine Verlängerung der Legislaturperiode zu gewinnen. Zum „Dank“ dafür bot Larin seinem Gesprächspartner einen Ministerposten an. In der Tagebuchaufzeichnung meines Großvaters heißt es: „Als Larin andeutete, die SMA habe für mich einen Ministerposten vorgesehen, schnitt ich ihm das Wort mit der Bemerkung ab, dass er hierüber nicht sprechen solle und dass ich ihm seine Bemerkung nicht nachtragen wolle, weil ich davon ausgehe, dass er mich nicht kenne“. Ich glaube, alle hier Anwesenden können sich vorstellen, was es heißt, einem russischen Major der SBZ einen Bestechungsversuch zu verweigern und dass Tagebuchaufzeichnungen manchmal aufschlussreicher sind als offizielle Akten sein können. Die weiteren Entwicklungen der politischen Verhältnisse in der SBZ während der letzten Monate des Jahres 1949 und der ersten Jahreshälfte 1950 erscheinen vor diesem Hintergrund leider fast selbstverständlich.

Erschreckend sind auch die tieferen Einblicke in die brandenburgische Nachkriegsjustiz. Das Hauptproblem der frühen Personalpolitik bestand darin, die gestorbenen, geflohenen oder NS-belasteten Richter und Staatsanwälte zu ersetzen, was vonseiten der Universitäten kaum zu leisten war, weil die überwiegende Mehrzahl der Studenten zuletzt in NS-Organisationen tätig gewesen war. Es kam zur Ausbildung so genannter Volksrichter in Schnellkursen und zur Ernennung von Richtern und Staatsanwälten „kraft Auftrages“, wobei die sowjetische Militäradministration ein strenges Auge auf die Personalpolitik hatte. In Potsdam gab es einen besonders „linientreuen“ Staatsanwalt, der Anfang der 50er Jahre im Zusammenhang mit der Verhaftung meines Großvaters und einem Schauprozess gegen ein anderes CDU-Mitglied, Herrn Bankier Emil Hechler, eine verhängnisvolle Rolle spielte. Allein die Vorstellung, dass dieser Staatsanwalt, der früher Kellner und erheblich vorbestraft war, seine Justizausbildung im Schnellverfahren absolviert hatte und sein Amt als Mitglied der SED dazu missbraucht hatte, gegen die den Kommunisten der SBZ missliebigen bürgerlichen Parteiangehörigen Strafanträge zu stellen, ist besonders bedrückend. Laut einer Strafanzeige gegen diesen Staatsanwalt von westlicher Seite hat mein Großvater als Mitglied des Finanzausschusses der Landesregierung Brandenburg eine Untersuchung über die Veruntreuung von öffentlichen Mitteln eingeleitet, wobei ihm bekannt wurde, dass gegen mehrere hohe Funktionäre der SED schwer belastende Tatsachen bestanden und die Publizierung dieses Belastungsmaterials die Stellung der Parteifunktionäre der SED nicht nur in Potsdam und dort insbesondere des SED-Oberbürgermeisters Paul, sondern in der gesamten sowjetischen Besatzungszone kompromittieren würde. Hier schließt sich der Kreis mit seinem Zusammenstoß mit Göring in den 30er Jahren! Ob dieser „linientreue“ Staatsanwalt tatsächlich den Haftbefehl gegen meinen Großvater erlassen hat, kann nicht mehr bewiesen werden. Ein Indiz der Verstrickung der damaligen Staatsanwaltschaft Potsdam in die Verhaftung

von Frank Schleusener ergibt sich aber aus der Antwort des damaligen Staatsanwalts im Juni 1950 auf das persönliche Ersuchen des Steuerberaters meines Onkels, die Todesmeldung meines Großvaters auszuhändigen. Dieses Ersuchen lehnte der Staatsanwalt mit den Worten ab: „Wenn ich Ihnen sage, dass Rechtsanwalt Frank Schleusener tot ist, dann muss Ihnen das genügen.“

Lebenslauf und lebenslange Haltung von Frank Schleusener zeigen, dass man, auch wenn es ein so tragisches Opfer wie das des eigenen Todes zur Folge hat, ein wirklich erfolgreiches und anerkanntes Leben nur dann gelebt hat, wenn man seinen Überzeugungen, sprich Gedanken, treu bleibt. Gott sei Dank, dass dies heute, zumindest in unserem Staat, ohne Gefahr für unser Leben möglich ist. Darüber hinaus muss in unserer Demokratie ein freier und fairer Austausch so genannter rechter, linker, liberaler und sonstiger Gedanken erlaubt sein, ohne dass wir den Gegner zum Feind stempeln. Leider konnte mein Großvater unsere gefestigte Demokratie, so unvollkommen und unzureichend wir sie auch manches Mal empfinden, während seiner gesamten politischen Laufbahn nicht erleben. Umso mehr sind wir es seinem Andenken und auch den Opfern des 17. Juni 1953 schuldig, dass wir dieses Gut hochhalten und bewahren.

Zum Schluss darf ich noch anmerken, dass die Erinnerung an die demokratische Grundhaltung von Franz Schleusener in der neuen Behörde der Generalstaatsanwaltschaft in dieser Stadt wach gehalten wird. Dafür bedankt sich unsere Familie sehr herzlich bei Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Erardo Rautenberg.